

Kritikos, Alexander

Article

Die zukünftigen Koalitionäre müssen mehr Verantwortung für Deutschland übernehmen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander (2025) : Die zukünftigen Koalitionäre müssen mehr Verantwortung für Deutschland übernehmen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 92, Iss. 12, pp. 192-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-12-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313724>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



ALEXANDER S. KRITIKOS

Die zukünftigen Koalitionäre müssen mehr Verantwortung für Deutschland übernehmen

Alexander S. Kritikos ist Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship und Mitglied im Vorstand des DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Nach der Einigung von Union, SPD und Grünen auf ein Investitionspaket für Infrastruktur und Verteidigung wissen nun Union und SPD, worüber sie in den Koalitionsverhandlungen sprechen können. Immerhin haben die Grünen im Gegenzug zur Zustimmung die Finanzierung der von den potenziellen Koalitionären geplanten Steuergeschenke erschwert. Es gilt, mehr Verantwortung für Deutschland zu übernehmen, statt möglichst viele Partikularinteressen zu bedienen. Laut World Competitiveness Ranking ist Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit in den letzten zehn Jahren von Platz 6 auf Platz 24 zurückgefallen. Damit Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird, müssen nicht nur Investitionen in die Infrastruktur, sondern gleichzeitig Strukturreformen getätigt werden. Sonst läuft das Land Gefahr, dass die Effekte der Investitionen verpuffen.

Fünf Standortbedingungen muss die künftige Regierung angehen, um den Standort Deutschland attraktiv zu machen. Erstens muss das geplante Sondervermögen vor allem für Investitionen in Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur genutzt werden. Erstere senken Transportkosten und machen sowohl die Beschaffung als auch den Absatz günstiger. Bildung und Betreuung garantieren drei Dinge, die einen erfolgreichen Standort ausmachen: hoch qualifizierte Arbeitskräfte, Produktivität und, was immer wichtiger wird, soziale Mobilität.

Zweitens bedarf es eines radikalen Bürokratieabbaus. Die Bürokratie ist zu einem Mühlstein im unternehmerischen Alltag geworden – und ein Hauptgrund für ausbleibende Investitionen. Radikaler Bürokratieabbau bedeutet, die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen. Eine hochwertige Verwaltung zeichnet sich durch schlanke Verfahren, verständliche Vorschriften und zumutbare Berichtspflichten aus. Genehmigungsverfahren werden innerhalb kurzer Zeit transparent durchgeführt. Bei der Umsetzung werden Unternehmen von Vorschriften entlastet. Dann bietet die öffentliche Verwaltung den wichtigsten Vorteil von Regulierung: Rechtssicherheit.

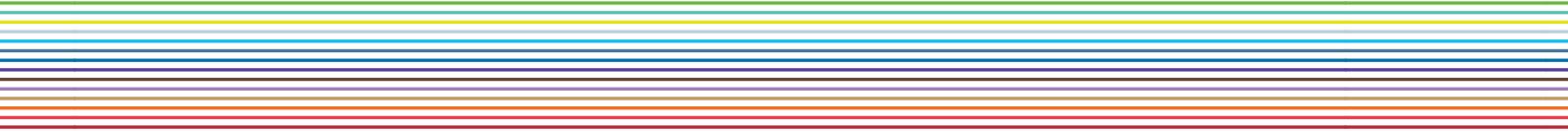
Drittens muss eine leistungsfähige digitale Infrastruktur aufgebaut werden. Private Investoren spielen dabei eine zentrale

Rolle. Auch dafür muss die Qualität der öffentlichen Verwaltung verbessert werden. Es bedarf gezielter Maßnahmen bei Glasfaser- und Netzausbau oder beim Mobilfunk: vereinfachte und digitalisierte Genehmigungsverfahren sowie einheitliche Standards, damit der deutsche Markt in allen Bereichen der Digitalisierung privaten Investoren offensteht. Um die Verdrängung privater Investitionen zu vermeiden, sollte sich die staatliche Förderung auf unterversorgte Gebiete beschränken.

Viertens fehlen in Deutschland Arbeitskräfte. Derzeit sinkt das inländische Erwerbspersonenpotenzial jährlich um rund 300 000 Personen, weil mehr Menschen in Rente gehen als in den Arbeitsmarkt eintreten. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, um das Arbeitskräftepotenzial zu erhöhen: in Deutschland selbst, aber auch durch Zuwanderung aus dem Ausland. Um ersteres zu gewährleisten, sind neben der Abschaffung der Rente mit 63 und der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre Maßnahmen erforderlich, die es Frauen ermöglichen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Darüber hinaus muss die Zuwanderung von Arbeitskräften erleichtert und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickelt werden. Denn noch immer dauert es viel zu lange, bis Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten bei uns arbeiten können.

Im Zusammenhang mit Zuwanderung wird die Erhöhung der inneren Sicherheit zum fünften Faktor für eine Verbesserung des Wirtschaftsstandorts. Dafür muss der Einstieg in Kriminalität durch Bildung, Chancengerechtigkeit, Arbeitsmarktperspektiven und sozialpolitische Maßnahmen verhindert werden – flankiert von einer Modernisierung von Polizei und Justiz.

Die Zukunft des Standort Deutschlands wird davon abhängen, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen in den Koalitionsverhandlungen vereinbart werden. Das Parlament sollte bei der Verabschiedung des Sondervermögens die Freigabe einzelner Tranchen an Fortschritte beim Reformprozess knüpfen.



DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 19. März 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Philipp Lersch

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).